

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einleitung auf Postkonten Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 36

Sonntag, den 5. September 1925

29. Jahrgang

Gewerkschaftsrecht und Gewerkschaftsmacht.

Wir haben an dieser Stelle seit Jahren immer wieder darauf verwiesen, in welcher einschneidenden Weise sich seit 1918 die Stellung der Gewerkschaften im Staate verändert hat. Die Hemmungen, die für die Gewerkschaften bis 1918 noch bestanden haben, sind gefallen. Der Staat hat sich nicht nur mit der Existenz der Gewerkschaften abgefunden und darauf verzichtet, ihre Tätigkeit und ihr Wirken zu beschränken, sondern ist im Gegenteil dazu übergegangen, die Ergebnisse der Gewerkschaftsarbeit anzuerkennen. Wir haben jetzt grundsätzlich ein Gewerkschaftsrecht. Dasselbe ist verbesserungsbedürftig und ausbaufähig, aber es besteht und kann von den Arbeitern ausgenutzt werden.

Die gegenwärtige Zeit ist dazu angetan, viele gute Gewerkschafter daran verzweifeln zu lassen, daß es trotz des Bestehens dieses Gewerkschaftsrechtes möglich ist, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und zu sichern. Die große Zahl der keiner Gewerkschaft angehörenden Arbeiter ist erst recht geneigt, alle Arbeiterrechte zu verneinen und in Gleichgültigkeit oder Herabsetzung der Gewerkschaften zu verfallen.

Wer alle Zusammenhänge außer acht läßt und sich nur an Tatsachen, die ihm allein erkennbar sind, hält, kann allerdings viele Ereignisse anführen, welche ihm scheinbar recht geben. Der vielwöchige Streik der Bauarbeiter, den die Unternehmer mit Auspressung niederkämpfen wollen, die Androhung der Aussperrung von 200 000 Textilarbeitern, viele andre große Aussperrungen, die Betriebsstillegungen und Einschränkungen, die neuen Verbrauchssteuern, die drohende Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zölle und vieles andre mehr, können den Glauben an ein Gewerkschaftsrecht sehr wohl bei vielen erschüttern.

Gerade in einer solchen Zeit ist es notwendig, mit noch größerer Eindringlichkeit darauf zu verweisen, daß das Gewerkschaftsrecht grundsätzlich unverändert besteht. Es gibt nur, dieses Gewerkschaftsrecht zu gebrauchen. Niedergelassenheit oder Verzweiflung wären nur geeignet, den Aufstieg aus der jetzigen Not zu verhindern.

Nicht die Arbeiterschaft, sondern die Unternehmer kämpfen gegenwärtig einen Verzweiflungskampf. Alle Bestrebungen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern und die Arbeiter durch Aussperrungen müde zu machen, sind kein Zeichen der Stärke der Unternehmer, sondern im Gegenteil ein Zeichen der Schwäche. Die deutschen Unternehmer wehren sich immer noch gegen die Erkenntnis, daß sie in ihren Reihen allein die Maßnahmen treffen müssen, die zur Gesundung der deutschen Wirtschaft führen, solange diese Wirtschaft in ihren Händen noch eine kapitalistische Wirtschaft sein soll. Noch immer spielt die Spekulation, die Hochhaltung der Preise, die Drosselung der Produktion bei den deutschen Unternehmern die Hauptrolle. Die sich daraus auch für die Unternehmer ergebenden Schwierigkeiten versucht man noch durch den Druck auf die Arbeiter auszugleichen. Es wird im Endeffekt nichts nützen. Die Unternehmer werden zum Konkurrenzkampf, zu technischen Verbesserungen und zu dem Grundsatz: großer Umsatz, kleiner Nutzen! doch zurückkehren müssen. Viele Unternehmer werden dabei auf der Strecke bleiben.

Es ist menschlich zu begreifen, daß man sich, solange es geht, sträubt, derart unangenehme Konsequenzen zu ziehen. Auch die Unternehmer sind nur kleine Menschennaturen, die sich so lange drücken, bei sich selbst nach dem Rechten zu sehen, solange die, wenn auch falsche, Hoffnung besteht, nach der Seite des geringsten Widerstandes auszuweichen. Nach der Arbeiterseite glauben sie am leichtesten ausweichen zu können. Aus dem großen Reservoir der Arbeit hoffen die Unternehmer immer noch ihren Profit herauszuholen. Sie glauben das um so eher, als sie durch fast vollkommenen Zusammenschluß ihrer Klasse die ganze Macht derselben in die Wagschale werfen können. Aber auch auf diese Weise werden die Unternehmer auf die Dauer nicht bestehen.

Den Banken nützen die Kapitalien nichts und die Unternehmer können ihre Betriebe nicht ausnutzen, wenn die Wirtschaft in großem Umfange durch Streik oder Aussperrung zum Erliegen kommt. Nur wenn die Schornsteine rauchen, entsteht der Profit. Wenn die Unternehmer, um die Arbeiter niederzuhalten, heute große Aussperrungen vornehmen oder Streiks verbluten lassen wollen, so können sie auf diese Weise wohl auch starke Arbeitergruppen zum Nachgeben zwingen. Aber für die Dauer dieser Stilllegung der Wirtschaft entfällt der Unternehmerprofit, auch die Unternehmer müssen Haare lassen. Wenn nach kurzer Frist die Arbeiter gestärkt wieder zum Kampf antreten, dann ist die Lage für die Unternehmer schon weniger rosig. Aber auch zum zweiten Male können sie hoffen, die Oberhand über die Arbeiter zu behalten, wenn auch die eigenen Verluste nun noch beträchtlicher sein werden. Jedemal wird einer Anzahl von Unternehmern der Atem ausgehen. Treten die Arbeiter nach einer weiteren Erholungsfrist erneut zum Kampfe an, dann werden nicht mehr viele Unternehmergruppen genügend Widerstand leisten können, sie werden vielmehr dann zu einer Verkündung bereit sein.

Die Gefahr, daß bei solchem hartnäckigen Kampfe die Unternehmer die Lust verlieren, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, ist sehr gering. Von Betrieben, die nicht in Tätigkeit sind, kann auch kein

Unternehmer leben. Wenn selbst die Unternehmer alle auswandern wollten, ihre Betriebe können sie nicht mitnehmen. Auch das Ausschließen der Betriebe würde zu keinem Ziele führen. Die „Wirtschaft“ können die Unternehmer nicht beseitigen, da sich diese aus den Bedürfnissen der Menschen ergibt und von diesen auch ohne Unternehmer in Gang gehalten werden muß. Im Gegenteil, die Abhängigkeit der Unternehmer wäre die leichteste und selbstverständlichsche Grundlage für die Durchführung der Gemeinwirtschaft. Die Unternehmer werden sich hüten, es so weit kommen zu lassen.

Diese unumstößlichen, leicht verständlichen und gar nicht wissenschaftlichen Tatsachen müssen die Arbeiter erkennen. Hierin liegt die Quelle für die Macht der Arbeiter. Die Arbeiter müssen es den Unternehmern unmöglich machen, immer nach der Arbeiterseite auszuweichen, weil sie in dieser Richtung den geringsten Widerstand zu sehen glauben. Eine feste unerschütterliche Arbeiterfront muß den Unternehmern entgegenstehen. Das ist einstweilen die ganze Wissenschaft, die die Arbeiter begreifen müssen. Auch dann wird es anfänglich noch Niederlagen geben, aber: „Noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren!“, wird dann die Unternehmerparole sein. Der Erfolg muß den Arbeitern in naher Zukunft winken.

Wenn alle Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder sind, dann wird sich die Gewerkschaftsmacht voll entfalten. Dann wird auch das Gewerkschaftsrecht sich ganz auswirken können. Der Gesetzgeber kann nur die Voraussetzungen schaffen, daß sich die Kräfte der Arbeiter frei auswirken können, die Kräfte der Arbeiter geschlechtlich schaffen kann der Staat dagegen nie. Diese Kräfte schlummern ja in der Arbeiterschaft, sie müssen nur geweckt werden. Nicht durch Parolen, nicht durch Phrasen, auch nicht durch Explosionen, sondern durch organische zielbewußte Arbeit.

Wenn alle Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder sind, dann werden die Kassen der Gewerkschaften in absehbarer Zeit so gefüllt sein, daß lange Kämpfe, wenn es sein muß, geführt werden können. Die Unternehmer können dann nicht mehr hoffen, die Arbeiter durch Hunger müde zu machen. Bei diesen Kämpfen werden viele Unternehmer auf der Strecke bleiben und mancher Produktionszweig wird vorübergehend in Schwierigkeiten geraten. Das sind Gesundungserscheinungen der Wirtschaft, welche die Arbeiter nicht zu fürchten brauchen. Die dadurch entstehende vorübergehende Arbeitslosigkeit werden die Arbeiter ertragen, weil ihre gefüllten Gewerkschaftskassen in der Lage sein werden, die notwendige Unterstützung zu zahlen. Da aber das ganze Niveau der Arbeiter gehoben wird, wird die Kaufkraft der Massen immer größer. Dadurch kommen auch die Betriebe am ehesten wieder in Gang und die Arbeitslosigkeit verschwindet. Gewisse Störungen werden in der kapitalistischen Wirtschaft immer vorkommen, da dieselbe nicht auf den Bedarf, sondern auf den Profit eingestellt ist. Jedoch wird die so gefestigte Gewerkschaftsmacht auch ausreichen, mit Erfolg der kapitalistischen Wirtschaft nach und nach den Boden abzugraben.

Unsre Schilderung ist keine Wiedergabe sogenannter Zukunfts-ideale, sondern habbare Wirklichkeit. Die Probleme sind nicht so schwierig, wie sie von gewissen Seiten absichtlich geschildert werden. Des Rätsels Lösung ist vielmehr oft so einfach, daß man gar nicht an die Richtigkeit glauben will. Jedenfalls liegt unserer Auffassung der Appell zugrunde, den der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung am 13. August 1925 an die Arbeiter gerichtet hat: die Arbeiter sollen den Gewerkschaften beitreten, damit die unumgänglichen Kämpfe mit Erfolg geführt werden können.

Alle guten Gewerkschafter müssen gerade jetzt mit aller Kraft für die Gewerkschaften werden und die neuen Mitglieder zu treuen Gewerkschaftern erziehen, die bei Sieg und Niederlage in unsern Reihen als Kämpfer bleiben. Nur wer sich aufgibt, ist verloren. Gegenwärtig sind von 20 Millionen Arbeitern erst fünf Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften. Schon wenn wir wieder acht oder zehn Millionen Freigewerkschafter sind, müssen wir die entsprechenden Erfolge erzielen. Wenn wir erst alle Freigewerkschafter sind, dann haben wir die Macht im Staate. Dies Ziel erreichen wir nur nach und nach, aber unentwegt müssen wir demselben zustreben. Unter Ausschaltung aller überflüssigen Redensarten und gegenseitiger Vorwürfe müssen wir uns ganz dieser großen Aufgabe widmen, die nicht einer neuen Erkenntnis entspringt, aber trotzdem die Aufgabe ist, die wir lösen müssen. Klassenkampf erfordert, daß jeder Angehörige der Klasse Gewerkschaftsmitglied ist.

Mitgliederbewegung des ADGB im Jahre 1924.

Der Statist des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Mitgliederbewegung im Jahre 1924 entnehmen wir u. a. folgendes: Dem Bunde gehörten im Jahre 1924 41 Verbände gegen 44 Verbände im Jahre 1923 an. Die Verminderung erklärt sich dadurch, daß sich im Jahre 1924 die Appalteeure dem Bau-gewerkschaftsbunde, die Kürschner dem Verbande der Bekleidungsarbeiter und die Steinsetzer dem Verbande der Steinarbeiter angeschlossen haben. Die 41 Verbände zählten zusammen 16 499 Zweigverbände gegen 25 855 im Jahre 1923. Die starke Abnahme zeigt, daß viele Zweigvereine, besonders die kleinen, der Inflation zum Opfer gefallen sind. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 373 619 männliche, 921 140 weibliche, 169 404 jugendliche,

zusammen also 4 564 163 Mitglieder. Die Bewegung vollzog sich im einzelnen wie folgt:

		Abnahme	in Proz.
1923	31. März	393 920	5
	30. Juni	140 589	1,9
	30. September	247 990	3,4
	31. Dezember	1 297 942	18,4
1924	31. März	943 306	16,4
	30. Juni	490 929	10,2
	30. September	283 251	6,6
	31. Dezember	48 629	1,2

Der Rückgang in der Mitgliederbewegung hat sich an Ende des Jahres 1923 und im ersten Halbjahre des Jahres 1924 vollzogen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind unschwer zu erkennen. Sie sind Nachwirkungen der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, der Lähmung der Produktion, der Einschränkungen der Betriebe, des Abbaus von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Betrieben und der starken Arbeitslosigkeit, des Veragens der Unterstützungseinrichtungen während der Hochinflation und schließlich der kommunistischen Treiberei innerhalb der Betriebe. Leider sind so die Gewerkschaften zu einer Zeit geschwächt worden, wo ein starker Wall und ein starkes Bollwerk gegen die Ansprüche des Unternehmertums von größter Bedeutung und bitter notwendig war.

Das Jahr 1924 schließt mit 3 975 002 Mitgliedern ab. Die Zahl ist um 1 766 115 = 30,8 Prozent geringer als ihr Stand am Ende des Vorjahres. Mit dieser Zahl kann die rückläufige Bewegung als überwunden angesehen werden. Seit Anfang des neuen Jahres setzte dann auch die Aufwärtsbewegung ein. Die Vierteljahresstatistik des ADGB verzeichnet für März 1925 wieder 4 188 297 Mitglieder. Das ist seit dem tiefsten Stand eine Zunahme von 213 295 = 5,4 Prozent. Diese Mitgliederzahl kann nunmehr als der gefestigte Bestand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden, der allen Stürmen getrotzt hat. Auf dieser Grundlage wird sich der Wiederaufbau vollziehen.

Bei dem Rückgang in der Mitgliederzahl ist von Bedeutung, daß sich die weiblichen Mitglieder stärker verminderten als die männlichen. Die Abnahme beträgt bei den männlichen Mitgliedern 34,1 Prozent, bei den jugendlichen 35,7 Prozent und bei den weiblichen 39,8 Prozent.

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich im Berichtsjahre günstiger gestaltet, als nach der Schädigung der Inflation zu erwarten war. Nach den vorliegenden Angaben über die Beitragsleistungen, die 26 Verbände mit 3 106 613 Mitglieder erbrachten, ergibt sich für das Jahr 1924 gegenüber 1923 folgendes Bild:

Jahresbeitrag	1924		1913	
	Mitglieder	in Proz.	Mitglieder	in Proz.
bis 10,40 Mk.	335 505	10,8	48 617	1,9
10,41 „ 15,60 „	282 718	9,1	201 949	8
15,61 „ 20,80 „	307 109	9,9	224 339	8,8
20,81 „ 26,00 „	628 479	20,2	760 717	30
26,01 „ 31,20 „	370 229	11,9	476 099	18,7
31,21 „ 36,40 „	693 632	22,3	654 829	25,8
36,41 „ 41,60 „	154 372	5	46 625	1,8
über 41,60 „	334 569	10,8	125 964	5

Der Vergleich ergibt, daß die Höhe der Beitragsleistung im Jahre 1924 hinter der des Jahres 1913 zurücksteht. Das Scherengewicht der Beitragsleistung haben in beiden Jahren die Beitragsleistungen aus 20,81 bis 36,40 Mark. Sie umfaßten im Jahre 1924 nur 54,5 Prozent, im Jahre 1913 dagegen 74,5 Prozent.

Die Einnahmen aller Verbände zusammen betragen 97 037 600 Mark. Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Veränderung in den Einnahmen:

	1924	1913
Eintrittsgelder	306 011	351 945
Verbandsbeiträge	73 473 160	66 395 949
Derliche Beiträge	12 470 185	9 776 499
Erzbeiträge	2 011 099	205 072
Zinsen	718 210	2 437 946
Sonstige Einnahmen	8 058 935	3 009 336
	97 037 600	82 176 747

Die Gesamteinnahme im Jahre 1924 überragt zwar um 14,9 Millionen die für 1913 verzeichnete Summe, doch steht der auf jedes Mitglied entfallende Anteil im Berichtsjahre um 10,68 Mark hinter dem des Vergleichsjahres zurück. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben ergibt in beiden Jahren folgendes Bild:

	1924	1913
Unterstützungen	10 344 611	31 223 508
Lohnbewegung, Streiks usw.	16 685 946	16 606 472
Bildungszweck, Presse	3 393 758	3 380 020
Agitation usw.	13 078 888	10 225 350
Verwaltung	25 167 916	13 600 956
	69 071 119	75 036 306

Die für Unterstützungszweck verausgabte Summe entfällt im großen und ganzen auf die zweite Hälfte des Jahres 1924. Größere materielle Mittel erforderten die umfangreichen Wirtschaftskämpfe, die im einzelnen den Streikenden und Aussperrten nicht in der gleichen Höhe wie in der Vorkriegszeit gewährt werden konnten. Unter den Ausgaben für Bildungszweck befinden sich 2 895 986 Mk. für die Presse. Alle Verbände gaben 1924 Zeitungen heraus und zwar erschienen 28 wöchentlich, 5 Zeitungen 14 tägig, 5 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Höhe der Gesamtauflage betrug am Schluß des Berichtsjahres 4 152 375. Daneben gaben 9 Verbände Jugendorgane und 8 Verbände zusammen 14 Fachzeitschriften bzw. Branchenorgane heraus.

Das Vermögen der Verbände, das sich im Jahre 1913 auf 88 000 000 Mark belief, fiel durchweg der Inflation zum Opfer und muß neu gebildet werden. Angaben über den Kassenbestand am Schluß des Jahres 1924 machten 36 Verbände. Diese verzeichneten zusammen einen Vermögensstand von rund 37 Millionen Mark. Davon befanden sich 29 Millionen in den Hauptkassen.

Wenn in Betracht gezogen wird, wie schwer das gesamte Wirtschaftsleben unter der Inflation gelitten hat, so erscheint die Finanzgebahrung der Gewerkschaften nach der Währungsatastrophe in einem sehr günstigen Licht. Die finanzielle Erholung ist ein erneuter Beweis für die Lebenskraft der Gewerkschaften. Sie berechtigt zu der Zuversicht, daß sie in absehbarer Zeit ihre frühere Leistungsfähigkeit wiedergewinnen und darüber hinaus steigern

werden. Der starke Verlust an Mitgliedern ist schmerzhaft. Jedoch ist hier die Wendung zum Besseren bereits eingetreten und weiter darf nicht vergessen werden, daß die Verbände gegen die Kriegszeit noch einen Mitgliedererwerb von 2 Millionen zu verzeichnen haben. Trotz aller Stürme, die über die Gewerkschaften hinweggingen, sind sie für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der großen Masse des werktätigen Volkes stehend geblieben. Sie werden es auch in Zukunft bleiben.

„Preisabbau“.

Wie klingt dieses Wort in den Ohren? Wieviel mal hat man es in den Zeiten des Krieges und der Inflation vernommen können und wieviel mal sind die an den Preisabbau geknüpften Wünsche der gesamten Verbraucherenschaft schmachlich getuschelt worden. Schon Anfang des Krieges ging es los, als die Regierung durch Verbote die wucherische Ausbeutung der Konsumenten zu hemmen glaubte. Trotz harter Strafen, trotz festgelegter Höchstpreise blühte der Wucher in der bekannnten „großen Zeit“. Dann kam im Jahre 1915 die Rationierung und Zwangsbewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel und wiederum hofften die Verbraucher auf ein Anhalten der wucherischen Preiserschraube. Nichts war davon zu spüren. Sobald irgend welcher Bedarfsartikel der Zwangsbewirtschaftung unterworfen wurden, verschwanden sie vom offenen Markt, um im Schleichhandel zu Wucherpreisen an den Konsumenten zu gelangen. Am Kriegsende war der Schleichhandel und Wucher geradezu zum alleinigen Verfolger der Konsumenten geworden. Und was sind durch den Gesetzgeber für Strafen auf diesen Schleichhandel und Wucher gesetzt worden. Man ließ Gesetz Gesetz sein, die notwendigen Strafen, wenn man erlappt wurde, kalkulierte man schon in die neuen erhöhten Preise mit hinein. Das Volk mußte leben, und um dieses Lebens willen lieferte man sich den Wuchern und Preisreitern aus. Der Staat mit seiner angeblichen Autorität versagte in diesem Kampfe gegen die Preisstreiber vollkommen. Die Strafen, die manches Gericht für diese damals „landesverräterischen“ Delikte des Wuchers und der Preisreiterei erkannte, waren oft so niedrig, daß sie fast wie ein Anreiz zu weiterer Bewucherung wirkten. Ja, der Staat selbst, wo er als Käufer auftrat, beugte sich willig den Preisreitern, ja man kann sagen, daß er besonders die Heereslieferanten zu einer unangemessenen Preisbildung zeitweise geradezu anleitete. Schredlich viel Geld wurde verdient in diesen Zeiten des Krieges und der Not und wenn man auch auf die „Kriegsgewinnler“ und die „Neureichen“ erklüchtlich schimpfte, im Geheimen wurden sie als die tüchtigen Kerle betrachtet, die sich gesund gemacht und die Konjunktur ausgenutzt hatten.

Und in der Inflation? Das gleiche Bild, in noch effrigeren Farben als wie im Kriege, zeigte sich wiederum. Wie viele Verbote, wie viele Aufzuse, wie viele Arbeit in Preisprüfungsstellen, Kommissionen usw. ist in dieser Zeit geleistet worden, die das Ziel hatte, den Wucher und die Preisreiterei zurückzuhalten. Die Gewerkschaften waren in diesem Kampfe außerordentlich engagiert, aber wenn man heute diese Tätigkeit auf ihren Erfolg im großen Maßstab prüfen soll, so muß man ehrlich gestehen, daß diese Arbeit nicht zum Erfolge führte. Die Zwangsbewirtschaftung des Krieges, die den Unbemittelten und Lohnempfängern auch nur ein Weniges zu annehmbaren Preisen zugute kommen ließ, wurde systematisch von den Produzenten und Händlern vorzeitig durchlöchert. Die freie Wirtschaft und der freie Handel, ungehemmt von gesetzlichen Einschränkungen sollten auf Grund des reicheren Angebotes die Preise wieder in ein gesundes Verhältnis bringen. Doch alles war vergebliche Mühe. Die Wirtschaft ließ sich nicht von der Gesetzgebung meistern und das Heer der Inflationshyänen sorgte dafür, daß alle staatliche Einwirkung auf die Preisbildung wirkungslos blieb.

Heute geht das Gespenst der Teuerung wieder um. Der Reichstag hat die Zoll- und Steuergeetze unter Dach gebracht und schon wieder werden die Geister lebendig, die aus der Not des Volkes während des Krieges und der Inflation Niemen schritten. In der Voraussetzung dessen hat die Arbeiterchaft diese Zoll- und Steuergeetze nachdrücklich bekämpft. Der Sieg war aber auf der anderen Seite. Industrie und Landwirtschaft, die beiden alten Verbündeten, haben die Zollschlachten gewonnen. Erhöhte Zölle bedeuten heute noch mehr wie jemals Rückgang des Massenkonsums, Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten, Druck auf die Löhne und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter. Die Vorahnung dieser unheimlichen Erscheinungen hat den Reichstagsler Dr. Luther am 8. August veranlaßt, in einer Reichstagsrede für den 1. Oktober eine allgemeine Preisentzugsaktion anzukündigen. Solche Reden über solche Ziele hat die deutsche Arbeiterchaft in den langen Jahren der Not leider zu viel gehört, als daß sie dieser neuen sonderlichen Gewißheit beilegen könnte. Die Gewerkschaften haben darauf schon die einzig richtige Antwort gegeben, als sie durch den Mund des Bundesausführers des ADGB, die deutsche Arbeiterchaft aufforderten, sich fester in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichen Wirtschaftskämpfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern. Fast hat es den Anschein, als ob die Reichsregierung in der Erkenntnis der schlimmen Folgen der von

ihm und der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Zoll- und Steuergeetze diese Preisentzugsaktion als Gegenzug gegen die unermesslich zu erwartenden Lohnforderungen zu benützen gedenke. Man will von allem Anfang damit schon eine Atmosphäre schaffen, die einen Ausgleich der Teuerung in den Löhnen nicht zuläßt, der deutsche Arbeiter soll in seiner Lebenshaltung zurückgeworfen werden.

Das Bezeichnendste ist, daß die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitgeberverbände sich am 21. August zu dieser Mitarbeit an dem Abbau der Preise bereit erklärt haben. In welcher Form dies geschehen soll, sagt eine Entschließung, die auf dieser Arbeitgeberberatung angenommen wurde und in der es heißt:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer ab 1. Oktober auf 1 Prozent in vollem Umfange in der Preisgestaltung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angeschlossenen Unternehmungen bei der Preisalkulation dementsprechend verfahren.“

Es ist mehr wie gering, was diese Leute zu dem Plane des Reichstages zu sagen haben. Die Teuerungswelle hat eingeleitet. Die Indexziffern klettern von Monat zu Monat in die Höhe. Agrar- und Industrieerzeugnisse sind gleichmäßig an dieser Erhöhung der Preise beteiligt. Und dabei sind die Zölle noch gar nicht in Kraft getreten. Die volle Wirkung wird sich erst später zeigen. Die Wohnungsmieten werden durch gesetzliche Maßnahmen gesteigert, schon im September wird eine wesentliche Erhöhung derselben auf Grund der Aufwertungsgeetze eintreten. Die wirtschaftliche Lage der gesamten Arbeiterchaft wird immer unhaltbarer. Klar spricht dies ein Bericht der Handelskammer Hamburg an die Hamburger Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe aus. In diesem sagt die Handelskammer mit Bezug auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage:

„Das Preisniveau im Inlande, besonders das für die notwendigen Lebensmittel, ist im ständigen Steigen begriffen. Neue Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhungen stehen bevor.“

Und in dieser wirtschaftlichen Lage schwingen sich die Spitzen der deutschen Arbeitgeberverbände auf und empfehlen den ihnen angeschlossenen Unternehmungen den vierten Teil eines Prozentes als Mittel zu einer allgemeinen von der Reichsregierung angeordneten Preisentzug zu benutzen. Da ist nicht die Rede von der außerordentlich großen Verdienstspanne, die sich jetzt aus der Gegenüberstellung von Erzeuger- und Kleinhandelspreisen gegenüber früher ergibt. Die nachstehende Tabelle der Preisspannen von 1913 und 1925 veranschaulicht dies treffend:

	1913		Juni 1925
(in Pfennigen für 1/2 kg)			
Roggen bzw. Mehl	7,73 = 94,64 Proz.		9,35 = 147,24 Proz.
Kartoffeln	1,5 = 75		2,12 = 97,20
Butter	12,0 = 9,97		49 = 37,69
Rindfleisch	50,25 = 117,54		67,14 = 210,73
Schweinefleisch	21,5 = 40,18		43,14 = 90,13
Möhren	1,41 = 39,27		3,48 = 40,84

In der Verringerung der Preispannen und in der Ausschaltung des Kartellwesens zur Beeinflussung der Preise liegen allein die Möglichkeiten der Preisentzug. Es ist doch wirklich kein Geheimnis, daß die kartellierten Industrien eine ganz willkürliche Preisbildung und ganz unmotiviert Kalkulation als Grundlage nehmen. Es sei nur an die Preisgebarung der kartellierten Papierindustrie erinnert, deren Kalkulationen in den Inflationsjahren geradezu einen öffentlichen Skandal bedeuteten. Doch die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitgeberorganisationen wollen auch diesen preisreiterischen Kartellbestrebungen entgegenzutreten. Es heißt in dieser Erklärung von dieser Seite:

„Die Spitzenorganisationen der Industrie vertreten die Ansicht, daß unter Voraussetzung einer gefunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Uebernehmungen und Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Stützung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Überprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen in Verbindung mit der Regierung, um ungeheure Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen.“

Es soll zur Hintanhaltung ungesunder Preispolitik in den Kartellen schon lange ein laganhaftes Kartellgericht bestehen, das aber bis heute noch keinen Termin abgehalten hat. Die Gelegenheit, eine Überprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen, war schon lange vorhanden, ohne daß sich aber bisher in der Regierung Luther eine Hand rührte. Daß diese Kartelle und die von ihnen befolgte Preispolitik sich in ungesunden Bahnen bewegten, sagt der schon angezogene Bericht der Hamburger Handelskammer, indem er in dieser Frage ausführt:

„Eine Frage, der von den zuständigen Stellen größte Aufmerksamkeit in der Folgezeit zugewandt werden muß, ist die

Preispolitik der Kartelle, deren Zahl gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gewachsen ist. Wenn auch auf einzelnen Gebieten der Industrie ein kartellartiger Zusammenstoß volkswirtschaftlich erwünscht sein kann, so muß seitens der Regierung mit allen Mitteln dort vorgegangen werden, wo sich zum Schaden der Gesamtwirtschaft Auswüchse der kartellmäßigen Bindungen zeigen. Die Handhabe für ein Eingreifen bietet die Verordnung über Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung, die aber, wie es scheint, nicht immer dort angewandt wird, wo es zweckmäßig erscheint. Daher sollte zunächst seitens der Regierung in eine allgemeine Nachprüfung der bestehenden Kartelle und in eine Erwägung darüber eingetreten werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um einem weiteren Vordringen ungesunder Preispolitik der Kartelle vorzubeugen.“

Ob die Regierung diesen Weg betreten wird, und ob sie bei diesem Schritte noch die Unterstützung der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitgeber findet, ist mehr wie fraglich. Mit bloßen Reden ändert die Regierung an diesen unerquicklichen Verhältnissen nichts, hier muß schon fest in das Getriebe hineingegriffen werden; denn diese Kartelle pflegen noch die nette Inflationstradition gewohnheitsmäßig, die durch die frühere Währungsverschlechterung verursachte Einkalkulation des Währungsverfalls auch heute vorzunehmen. Das ist ja ein Teil unseres wirtschaftlichen Elends, daß in der Preisgestaltung und Kalkulation man trotz stabiler Währung noch die alten Inflationsmethoden nicht lassen will. Gewiß, das Betriebskapital ist zusammengesunken, selbst die größten wirtschaftlichen Inflationsgebäude sind in das Wanken geraten, aber die uneingeschränkte Sucht, in der allerletzten Zeit durch unnatürliche Preise eine Kapitalakkumulation zu erreichen, wird die Wirtschaft nie in Gang kommen lassen. Zu viele Zwischenglieder haben sich zwischen Erzeuger und Verbraucher gestellt. In Berlin ist beispielsweise festgestellt, daß die Zahl der in das Handelsregister eingetragenen Firmen sich um 100 Prozent erhöht, also gegenüber der Friedenszeit rund verdoppelt hat. Diese nicht notwendige Kräfteverschwendung bei der Verteilung der Güter zehrt an dem Marke der Wirtschaft und äußert sich in einer weiteren Ueberhebung der Preise. Hier muß angefangen werden, wenn die Preisentzug wirklich zu einem geringen Erfolg aufweisen soll. Zu der Regierung und ihren Begleitern in der Frage der Preisentzug haben wir als Arbeiter allerdings nicht das Vertrauen, daß sie diese Maßnahmen mit Erfolg zum Ziele führen werden. Die Arbeiter sind Skeptiker in dieser Hinsicht geworden, in erster Linie auf Grund der in den verschiedenen Zeitepochen gemachten Erfahrungen mit den verschiedensten Preisentzugsaktionen und zweitens darum, weil die Regierung sich zur Erreichung des gesteckten Zieles mit Kreisen verbindet, aus deren Reihen in der Vergangenheit die größten Saboteure solcher Aktionen hervorgegangen sind.

Nur auf die eigenen Kräfte müssen sich die deutschen Arbeiter in dieser wirtschaftlich unheilswangeren Zeit verlassen. Die Wirtschaftskrise beeinflusst immer weitere Kreise der Arbeiterchaft in unheilvoller Weise, die durch die Zoll- und Steuergeetze ausgelöste Teuerung wirkt jetzt schon ihre dunklen Schatten. Schon sind zehntausende von Arbeitern in schwere wirtschaftliche Kämpfe verwickelt. Man glaubt, diese und die hinter ihnen stehenden Gewerkschaften mattlegen zu können, um dann ungehindert die deutsche Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter gesunden lassen zu können. Das wird nicht eintreten. Der deutsche Arbeiter wird, gestützt auf die Gewerkschaften, sich den Anteil am Ertrage seiner Arbeit erkämpfen, der ihm als wirtschaftlichem und kulturellem Faktor gebührt.

Die soziale Lage der Arbeiter und ihre seelischen Auswirkungen.

Die soziale Lage der Arbeiterchaft wird durch die schweren wirtschaftlichen Kämpfe gekennzeichnet, die gegenwärtig von den Gewerkschaften aller Berufe geführt werden müssen. Sie ist nach dem Urteil aller sozial Einsichtigen schlecht. So wurde erst vor kurzem auf der in Eisenach stattgefundenen Tagung der deutschen Freunde des Quätersums — also einer rein bürgerlichen Vereinigung — in einer Entschließung anerkannt, daß sich die Lebenshaltung von Millionen deutscher Volksgenossen, in erster Linie die große Masse der Lohnarbeiter, zur Zeit auf oder unter dem Existenzminimum befindet. Die Unternehmer bestreiten das und sehen allen Bestrebungen der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, den schärfsten Widerstand entgegen. Ihre Bemühungen gehen dahin, die Löhne auf dem bisherigen unzureichenden Stand zu erhalten oder gar abzubauen, die Arbeitszeit zu verlängern, angeblich, weil nur so die Leistungen der Arbeit gesteigert und die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig gemacht werden kann. Entgegen allen sozialen Rücksichten wollen sie die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter weiter herabdrücken, ohne zu begreifen, daß dadurch die wirtschaftlichen Gegensätze sich zu einer Schärfe entwickeln müssen, die für die Wirtschaft verhängnisvolle Wirkungen haben kann.

Ein altes, trotzdem wahres Wort sagt: Der Mensch ist, was er ist. Das besagt im Grunde nichts anderes, was auch die materia-

Pflasterer-Philipp.

Von Max Dorku.

Im schönen hessischen Lande liegt ein Dörfchen Steinhäusen. Seine Bewohner sind arm. Die Berge sind vulkanisch, steinig und spröde. Die Landwirtschaft wirkt wenig ab. Die Männer des Dorfes arbeiten in den Steinbrüchen. Ein guter basaltiger Lungstein gibt Bausteine, und auf den Gipfeln der Berge — wo einst die feurigen Vulkanzungen loderten — dort bricht man den kostbaren Blaubasalt, den die fleißigen „Kipper“ zu gewürfelten Pflastersteinen verhämmern.

Manche junge Burschen von Steinhäusen erlernten den Pflastererberuf draußen in den Städten. Und als Pflasterer sind manche Männer des Dorfes Steinhäusen weit in der bunten schönen Welt herumgekommen. Und von so einem vielgeriesten Pflasterer will ich euch erzählen. Ich will euch das Schicksal des Steinhäuser Pflasterer-Philipp sagen, dieses Schicksal ist wert, niedergeschrieben zu werden.

Philipp lernte in Marburg, er erlernte die Pflastererei, er ward ein sehr geschickter Straßenpflasterer. Er zog mit Pflasterer-Kolonnen viel umher, er war in Frankfurt, in Köln, in Wien, in Zürich und in Kopenhagen. Winters kam er ins Heimatdorf — und er erzählte dann abends in der trauten „Spinnstube“ von der Schönheit der großen Weltstädte; aber auch von ihrer Rauheit und von ihrer Rücksichtslosigkeit. Philipp war nun im Dorfmann der Pflasterer-Philipp geworden. Die schönsten Blondinen des Dorfes werfen ihr Auge auf den Pflasterer-Philipp — aber sein Herz war kein Fisch, sein Herz ließ sich in keinem blonden Neze einfangen.

Dann kam ein Sommer, da ging Philipp mit einer in der Stadt Dortmund zusammengestellten Pflastererkolonnie nach Rotterdam in Holland. Das war eine lebhafteste Stadt, so recht nach dem lebhaften Sinne unseres Philipps! Die Kolonne pflasterte die „Boompjes“, das war die verkehrsreiche Hafenstraße. Schiffe mit den Flaggen aller Nationen lagen am Hafenufer. Und gar zu gerne wäre unser Philipp Matrose geworden, um über die schönen blauen Meere der Welt hin — ein unbestimmtes Sehnsuchtsland, ein Glücksland, irgendein Schlaraffenland zu finden. Aber welcher Kapitän hätte wohl einen Pflasterer als Matrosen eingestellt! Ein Pflasterer kann wohl den Stampfer steuern, aber kein Schiff.

Da waren die Hafentneipen, darin ging es hoch her, wenn die fremden Matrosen ihre „Heuer“ veranzigten und veranzigten: ihren seemannischen Lohn. War den abgemünzten Matrosen das Geld alle geworden, dann saßen sie mit langen Gesichtern an leeren Tischen; und dann kamen die Hyänen, die Werber der holländischen Fremdenlegion — und sie fihten sich manchen geldabgetakelten Matrosen weg. Philipp sah das alles — und eines Tages nahm

auch er Handgeld am Legionsamt, und dann fuhr er mit einem Ostindienfahrer hinein in die unbekannt fern-ferne Welt — hin nach Java.

Ostindien, die Insel Java, Weißblau See. Weißes Brandungsgeschäume an bronzenfarbenen Klippen. Hohe Sonnenaufgänge, im Winde sich wiegende Palmen, und die märchengelbe Stadt Batavia.

Das summt und summt fremdsprachig in den Ohren unseres Pflasterer-Philipp! Er, der schwerfällige Nordländer, der Hesse der Charte, er fühlte sich unter dem braunen Volke Batavias einsam und verlassen. Er bekam das erste Heimweh.

Aber nach acht Urlaubstagen begann der Drill in den Kasernen. Philipp wurde zum Soldaten geprägt, er war nun ein holländischer Kolonialsoldat. Die Behandlung war gut — und das Essen war sehr gut. Aber das andere: das Klima! Die enge Uniform und die Hitze. Und die Miasmen. Aber auch der Tanz der braunen Malaienmädchen war da, abends, in den Teeküchen und in den Reisweinstuben. Da lebte man wohl ein wenig auf; aber, hielt der Philipp ein braunes Malaienmädchen im Arme, dann fürchtete er sich vor den brennenden schwarzen Augen, und er bekam Sehnsucht hin zu den blonden Jungfrauen seines hessischen Heimatdorfes, deren Augen so sanft strahlten als wie das blaue Auge der Bergippenblumen am silberwelligen Bach.

Philipp war nun ausgebildet, er war ein tüchtiger Kolonialer Monheer-Soldat geworden. Nun mußte er auf „Station“, ins Innere des Landes hinein. Und er kam auf ein Fort: in die Fiebergegend von Surumhona. Da war ein tiefes breites Tal, Felder grün und fruchtbar, Reisfelder — aber alles stand leicht im Wasser. Und die Malariamücke schwirrte nachts um das Moskitoneh. Ueberm Tale standen die hohen blauen Berge. Die Qualmten, nachts rötete sich der Bergrauch vom Vulkanfeuer, von unten her stammte das! Und am Berggang wuchsen die mächtigen Tiefbäume: die indischen Eichen, die das wertvolle Tiefholz liefern. Und in den Tiefbäumen lärmten die kleinen grünen Zwergpapageien: die Wellensittiche. Und das Geschrei der Wellensittiche ward noch übertrumpft vom neckischen Gekwisse der Affen, die in ganzen Scharen die Baumtronen bevölkerten.

Sumppflichte. Die Nächte waren wohl schön. Da gluteten die Vulkane, eine leichte Kühle wehte durch die Kolospalmen — und droben am dunkelviolettten Nachfirmament leuchtete das prächtige Sternbild: Das südliche Kreuz.

Der Soldatendienst war nicht schwer. Die Soldaten hatten viel freie Zeit, aber fast alle waren krank, sie hatten Malaria. Und eines Tages lag auch unser Pflasterer-Philipp als Soldaten-Philipp im Fieberlazarett, er hatte einen schweren Malariaanfall. Lange schwebte er zwischen Tod und Leben. Monatelang rang sein schwerer Körper mit dem weißen Gerippe des Fiebertodes.

Und in seinen Fiebertäumen weite Philipp in der schönen deutschen Heimat, er träumte von blonden Mädchen, von Fichtenrauschen und von Kartoffelndeln. Um so schlimmer waren dann die Augenblicke geistigen Arabewußtseins. Ein schreckliches Heimweh zerriff die Seele des armen hessischen Philipps. Sein einziger Trost war ein junger holländischer Militärarzt: der sagte dem Philipp: „Soldat, wenn Sie wieder gesund werden, dann sind Sie ‚europaei‘, dann werden Sie vom Militärdienst entlassen, Ihr Körper ist zu sehr geschwächt, um noch weiterhin — Ihrer holländischen Majestät — in Ostindien dienen zu können.“ Das war ein Trost! Und dieser Trost, die Möglichkeit: noch einmal die Heimat zu sehen, die half den Tod in Ketten legen. Nach einjährigem Lazarettleben bestieg unser Philipp den Europadampfer, in der Tasche einen Tausendguldenschein als Abfindungsumme — und sein Entlassungspapier aus holländischem Kolonialdienst.

Jetzt ist der Philipp wieder daheim. Im schönen Hessenlandchen. Der Pflasterer-Philipp hat heute graue Haare. Er hat sieben Kinder großgezogen. Seine Frau war das schönste Mädchen vom Dorfe Steinhäusen gewesen, eine blaueugige Blondine, sie ist tot. Manchmal weint der Pflasterer-Philipp um seine Gattin. Aber manchmal erzählt er bei rauchender Pfeife von den braunen Töchtern Javas: „Ja“, sagt er: „die Malaienmädchen, die konnten tanzen, die konnten lieben, die liebten heiß wie die Vulkane, mit ihren Feuerarmen brühten sie einem das Herz aus der Brust heraus.“ Und er jagte mir einmal: „Wissen Sie, Sie Buchschreiber, der Mensch will immer das haben, was er — nicht — hat. Als ich krank in Java lag, wollte ich die Heimat, und jetzt: da ich alt und heimatsüchtig bin, möchte ich wieder in die Ferne, möchte wieder jung sein und mit braunen Malaienmädchen tanzen.“ „Ich habe auch noch ab und zu mal Fieber, Malaria“ — fügte er hinzu. „Ich frug: ‚Was hilft denn gegen Deine Malaria, Philipp?‘ Da sagte er: ‚n großer Schnaps‘. Ich ging zum Wirte — und forderie: ‚Schwalbenwirt, gib doch dem Pflasterer-Philipp n Rännchen guten Kornschnaps über, er hat Malaria.‘ „Oh was“ — lachte der Wirt: ‚der Philipp, der hat immer dann Malaria, wenn ne mißtätige Hand in der Nähe ist, die ihm etwas feurige Medizin spendet. Aber sonst ist er ein brauer alter Kerl, er ist unsere Sehenswürdigkeit von Steinhäusen.“

Und hier bin ich am Ende, ihr habt nun selber gesehen. Und ihr habt gehört. Aber vergeht nicht die gute Weisheit des alten Freundes Philipp: „Der Mensch will immer — das — haben, was er nicht hat.“ Diese Weisheit soll euch bescheiden machen, nehmt das, was ihr gerade habt: als Bestes. Aus dem Gegebenen das Beste herauszuholen, das ist die größere Lebenskunst. „Schwalbenwirt, noch n zweites Rännchen Medizin für den kranken Philipp.“

Und dann gute Nacht!

Stärke Erkenntnisstufe feststellt, nämlich, daß der Mensch das Produkt seiner Lebensverhältnisse ist. Und zwar trifft das nicht nur für seine körperliche, sondern auch für seine geistige Entwicklung und Einbildung zu. Es gärt in der Arbeiterenschaft! Bittere Unzufriedenheit über ihre Lage, heftige Erregung über die fortgesetzte Verschärfung ihrer Not macht sich überall bemerkbar. Das Unternehmertum legt sich darüber ansehnend leicht hinweg, das Aufwachen der Arbeiter gegen die sich stetig vollziehende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung lediglich als Folge gewerkschaftlicher Aufregung betrachtend. Es beweist damit, daß es aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und auch die Anforderungen der Gegenwart nicht zu verstehen vermag. Die Unternehmer kennen nur den schroffen Widerstand. An diesem Begriffsmangel scheitern alle Verhandlungs- und Befehlungsveruche, gleich, von welcher Seite sie kommen. Und dieses Nichtverstehen der sozialen Lage der Arbeiter wie ihrer sich daraus ergebenden seelischen Einstellung beschränkt sich nicht nur auf die Unternehmer und die Regierung, sondern auch auf weite Kreise des Bürgertums; nur verhältnismäßig selten findet sich eine Ausnahme.

Eine solche bildet neben anderen der Theologe Karl Kühner, der dem Beispiel früherer Vorgänger folgend — es sei nur an den Genossen Göhre und seine Schrift Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde erinnert — durch den Eintritt in einen Industriebetrieb als Fabrikarbeiter den Versuch unternahm, die soziale Lage der Arbeiter und ihre seelische Einstellung aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das Ergebnis seiner Beobachtungen wurde von Kühner mit anerkennungswertem Freimuth vor kurzem in den „Theologischen Blättern“ bekannt gegeben. Was er hier schildert, stimmt durchaus mit dem überein, was bisher von gewerkschaftlicher Seite über die soziale Lage der Arbeiter bargelegt wurde. Kühner stellt fest, daß der heutige Lohn bei dem größten Teil der Industriebevölkerung kaum für die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht. Nur selten sei es möglich, daß ein begabtes Arbeiterkind ein Handwerk oder einen höheren Beruf erlernen kann, weil dadurch der ganzen Familie für Jahre erschwerende Opfer auferlegt werden. Weiterhin könne es kaum ein Arbeiter dahin bringen, sich ein Häuschen zu bauen und somit Geld aufzusparen, um seinem Alter ruhig entgegen zu sehen. Stets bleibe ihm die unheimliche Aussicht, eines Tages arbeitsunfähig und ungesichert dazuliegen, trotzdem er das ganze Jahr lang ohne Unterbrechung arbeite. Hinzu kommen noch vielfach schlechte, die Gesundheit des Arbeiters wie seiner Familie untergrabende Wohnungsverhältnisse, sowie eine oft gesundheitschädliche Beschäftigung und einformige mechanische Arbeitsweise. Letztere besonders sei für den Arbeiter von den schlimmsten Wirkungen, indem sie den Menschen gegenüber den kunstvollen Automaten in den modernen Industriebetrieben zu einem schlechten Ersatz für einen Maschinenteil herabdrücke.

Diese äußeren Verhältnisse müssen — wie Kühner richtig bemerkt — auf das Innenleben der Arbeiter einwirken. Jeder Mensch erwarte von seinem Lebensberuf ein gutes Auskommen für sich und seine Familie, sowie die schließliche Sicherstellung seines Alters. Daneben soll der Lebensberuf allen Fähigkeiten, die man besitzt, die Möglichkeit zur Entfaltung bieten. Beides sei aber für den Fabrikarbeiter unmöglich gemacht, was nicht ohne Folgen bleiben könne. Diese Folgen treten denn auch in weitem Umfange auf. Es sei falsch anzunehmen, daß der Arbeiter bei seiner ganz mechanischen Maschinenarbeit allen möglichen interessanten Dingen nachzudenken imstande ist. Er habe — drei Monate lang mit der gleichen Arbeit an einer Stanze beschäftigt — den Versuch dazu unternommen. Er sei ihm aber mißlungen, nicht nur weil dadurch die Arbeitsleistung unter die vorgeschriebene Affordleistung zurückging, sondern auch die Gefahr eines Anfalls eintrat, der ihm leicht die Hand kosten konnte. So lasse selbst die mechanische Arbeitsweise ein Denken des Arbeiters nicht zu, obwohl bei ihm hierfür ein ungefüllt bleibender Trieb vorhanden sei. Dadurch werden alle Fragen, die den Arbeiter anfangs bewegen, langsam abgetötet, bis er schließlich einer schauerlichen Stumpfheit allen wichtigen Dingen gegenüber verfallt, eine ungeborene Gefühlsverwundung eintrete, daneben sich aber bei ihm auch der Klassenhaß entwickle.

Dieses Gefühl werde durch die Lage des Arbeiters erzeugt und gesteigert. Wenn endlich ein paar Sonnenstrahlen an einem herrlichen Sommertag zu seinem düsteren Arbeitsplatz hereindringen, wenn er auf dem Heimweg an den Schaufenstern, voll mit notwendigen, für ihn aber unerwünschten Dingen, vorüberkommt, wenn er am Sonntag einen Gang durch die Felder machen kann, dann steige immer aufs neue in ihm das Bewußtsein auf, verstoßen zu sein. Der höchste Grad der Verbitterung werde aber erreicht, wenn der Arbeiter an sich selbst wahrnehme, wie er allem Dasein gegenüber immer stumpfer werde und in stillosen Beziehungen immer tiefer in den Sumpf gerate. Wer das Leben an der Maschine und in den Bergwerken, sowie die dadurch geschaffene Atmosphäre kenne, der wisse, daß die Entwicklung in der Richtung wachsender Verkommens bei der Arbeiterenschaft mit wachsender Geschwindigkeit fortschreite und immer mehr Menschen mit sich reiße, alle die aber, welche noch nicht so tief gesunken sind, glückliche Ausnahmen bilden.

Wer will behaupten, daß diese Behauptungen falsch oder übertrieben sind, sofern er die Verhältnisse der Arbeiter näher und objektiv untersucht hat? Wenn die geschilderten Verhältnisse auch am stärksten in den industriellen Zentren auftreten, wo die Entwicklung zur rein mechanischen Arbeitsweise mit Riesenschritten fortschreitet, so sind die Lebenshaltung der Arbeiterenschaft, ihr Fühlen und Denken herabdrückenden Tendenzen doch mehr oder weniger überall vorhanden und werden durch die brutale Ablehnung selbst der berechtigtesten Forderungen der Arbeiter auf Erhöhung ihrer Lebenshaltung, Einhaltung einer vernünftigen Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Gewährung von Ferien und sozialen Schutz verstärkt. Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, daß Feststellungen dieser Art, wie sie hier vorliegen, auf das Unternehmertum den geringsten Einfluß ausüben. Einzelne Ausnahmen wollen nichts besagen. Das Unternehmertum im allgemeinen hat für derartige Dinge kein Ohr. Beherrscht von dem engstirnigen und kurzfristigen Streben nach möglichst hohem Gewinn, setzt es sich über alle noch so wohl gemeinten Mahnungen und Warnungen hinweg, schlägt sie in den Wind, mögen sie kommen woher sie wollen. Demgegenüber bleibt den Arbeitern nichts anderes als die Selbsthilfe, der gewerkschaftliche Kampf, das Ringen um ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg übrig, wenn sie nicht der körperlichen und geistigen Verelendung anheim fallen, in Schmutz und Stumpfheit untergehen wollen. Mtt.

Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau.

Wir berichteten kürzlich im „Steinarbeiter“, daß „Die Steinindustrie“ das Organ des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie, kritisch zu den Ergebnissen der Generalversammlung der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau Stellung genommen hat. Daraufhin ist „der Steinindustrielle“ von der Studiengesellschaft nachstehende Mitteilung zugegangen:

„Die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau muß gegen den Vorhalt einseitiger Stellungnahme zugunsten eines bestimmten Straßenbaustoffes entschiedenen Verwahrung einlegen. Sie weiß auf den gelegentlich der Münchener Tagung gehaltenen Vortrag des Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Briz hin, der Asphalt, Teer-, Kleinsplaster- und Betonstraßen als durchaus gleichwertige Ausführungsarten der Zukunftstraßen nebeneinanderstellt und von einer kritischen Würdigung der einzelnen Straßenbaustoffe überhaupt absteht. Die Ansicht der „Steinindustrie“ müssen wir dahingehend berichtigen, daß keinerlei parteiische Verbeistätigung für einen bestimmten Straßenbaustoff seitens der Studiengesellschaft betrieben wird. Ebenso sind von ihr keinerlei einseitige Zeitungsartikel an die Presse hinausgegeben worden.“

Hierzu bemerkt die Redaktion der „Steinindustrie“:

Soweit uns bekannt ist, liegt ein Arbeitsergebnis der Ausschüsse der Asphalt-, Teer-, Stein- und Betonstraßen zur Zeit noch nicht vor, so daß die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau

ein Gutachten über die Gleichwertigkeit der einzelnen Straßenbaustoffe eigentlich noch nicht abgeben konnte. Zum mindesten ist die Frage des Betonstraßenbaues in Deutschland durchaus noch nicht geklärt, und es muß an dieser Stelle mit aller Entschiedenheit betont werden, daß der Wert der Arbeitsergebnisse der Studiengesellschaft nur in der objektiven Beurteilung aller für den Straßenbau in Frage kommenden Baustoffe liegt, die sich auf endgültig abgeschlossene Untersuchungen stützen muß.“

Wir geben zu, daß die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau keine einseitigen Zeitungsartikel an die Presse hinausgegeben hat. Wenn man aber in der Presse die Lobreden des Betonstraßenbaues in Deutschland hört, dann findet sich gewöhnlich auch der Hinweis, daß das Bestreben der Einführung der Betonstraßen in Deutschland von der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau unterstützt würde. In Nr. 402 des „Kölnischer Stadtanzeigers“ wird ein Vortrag des Regierungsbaumeisters Danzbrink-Köln wiedergegeben, den dieser über die Betonstraßen anlässlich der Bauausstellung in Essen gehalten hat. Und dort heißt es nach einem Hinweis auf die Betonstraßen in Deutschland: „Unterstützt wird wirtlich überall die im September 1924 in Berlin gegründete Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau.“ Es würde eine Verhütung in weite Kreise tragen, wenn die Studiengesellschaft Veranlassung nehmen würde, diesen übereifrigen Verehrern der Betonstraße auch zu sagen, daß für Deutschland die Ergebnisse der Prüfung des Wertes der Betonstraßen noch nicht vorliegen und daß diese sich zu Unrecht auf die Tätigkeit der Studiengesellschaft beziehen.

Stärkt und befestigt den Verband!

Die Zoll- und Steuergesetze, die durch die Mehrheitsparteien des Reichstages verabschiedet worden sind, haben eine allgemeine Verteuerung schon jetzt zur Folge gehabt, obwohl sie noch gar nicht zur Auswirkung gekommen sind. Das Wirtschaftsleben erleidet große Erschütterungen. Schon machen sich auch in der Steinindustrie und im Steinergewerbe die ersten Anzeichen dieser Depression bemerkbar. Die Reichsregierung und die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber bereiten eine angelegliche Preissteigerung vor, um die durch die Zollgesetze willkürlich heraufbeschworene Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel zu paralysieren. Den Arbeitern allgemein wird zugemutet, diese Teuerung ohne Gegenwehr über sich ergehen zu lassen. Niemand würde eine Senkung der Preise mehr begrüßen, wie die Arbeiterchaft. Aber die Arbeiterchaft kann und wird es nicht begreifen, daß man durch die Zoll- und Steuerpolitik die Preise erst in die Höhe treibt, um dann eine Preislenkung anzufindigen, die den Zweck verfolgt, die Löhne der verteuerten Lebenshaltung nicht anzupassen. Zahlreiche Teile der deutschen Arbeiterchaft stehen schon im Kampfe, um für sich und ihre Familien die unheilvollen Wirkungen der Teuerung abzuwehren. Die Bauarbeiter der verschiedensten Landesteile führen einen schweren und opfervollen Kampf. In dieser Situation erlassen der Reichsverband der Bauleitungen, der Zentralverband des deutschen Bau- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, der Deutsche Handwerks- und Gewerbelamerrat, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband des deutschen Handwerks, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverein des deutschen Großhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Rundgebung, die sich gegen die Höhe der Bauarbeiterlöhne von 0,80 bis 1,26 Mark pro Stunde richtet. Neue Lohnerhöhungen bedeuten nach dieser Rundgebung den Zusammenbruch der Bauwirtschaft und über dies hinaus sagt die Rundgebung dieser Arbeitgeberverbände, daß eine Lohnerhöhung im Baugewerbe auch Lohnerhöhungen in der Industrie, im Handel und im Handwerk nach sich ziehen würden, und daß durch Lohnerhöhungen die Preislenkungsaktion der Regierung in Gefahr gerate. Die Bauarbeiter nennt man in dieser Rundgebung, aber die gesamte deutsche Arbeiterchaft meint man damit. Schon zeigen sich auch in unserer Industrie diese Einstellungen des gesamten Unternehmertums zu der Lohnfrage. In verschiedenen Bezirken, wo auf Grund vertraglich festgelegter Vereinbarungen der Lohn unserer Kollegen sich analog der Steigerung des Reichsindex erhöht, oder die Vertragsparteien zur Neubearbeitung der Lohnsätze zusammenkommen sollten, weigern sich Teile unserer Unternehmer, diesen verpflichtenden Vereinbarungen nachzukommen. Der Druck, der allgemein auf der deutschen Arbeiterchaft lastet, soll auch uns nicht erspart werden. Darum aus der Reserve, Kollegen! Stärkt die Organisation moralisch und finanziell; zieht auch den letzten Kollegen in unsere Reihen. Sobald das Signal zur finanziellen außerordentlichen Stärkung des Verbandes gegeben wird, stellt euren Mann! Opfer müssen gebracht werden, um die in naher Zukunft noch in verstärktem Maße auf die deutsche Arbeiterchaft und auch auf uns niedergehenden Angriffe auf die sozialen Errungenschaften abzuwehren.

Darum stärkt und befestigt den Verband!

Rechtsfähigkeit oder Parteifähigkeit der Gewerkschaften.

In letzter Zeit spielt die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften in der Gewerkschaftspresse wieder eine erhebliche Rolle. Anlaß hierzu ist folgende Bestimmung in dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes: (§ 10) Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind auch wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern...

Hieraus wird der Schluss gezogen, daß mit dieser Fassung beabsichtigt sei, die Gewerkschaften in Zukunft haftbar zu machen für den aus Tarifbruch, Boykott, Streikübergriffen usw. entstandenen Schaden. Dabei werden Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit verwechselt.

Die Gewerkschaften sind regelmäßig nichteingetragene Vereine. Die Eintragung wurde bisher von den Gewerkschaften abgelehnt, weil die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über eingetragene Vereine auf die Gewerkschaften wenig anwendbar waren und weil man sich vor der Haftung aus dem Vereinsvermögen schützen wollte. Die hauptsächlichsten Hinderungen für die Erwerbung der Rechtsfähigkeit sind aber nunmehr auch für die Gewerkschaften durch den Artikel 124 der Reichsverfassung und durch die Forderung des § 72 BGB. ausgeräumt, während der Schutz vor der Haftung auch gegenwärtig gar nicht besteht.

Zu Einzelheiten sei auf den Artikel von Rechtsanwalt Dr. Weinberg (Die Arbeit, Nummer vom 15. Juli 1925, Seite 423) verwiesen. Die Gerichte wenden den § 31 BGB. analog auch auf die Gewerkschaften an. Dieser Paragraph lautet: „Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtete Handlung einem Dritten zufügt.“ Weiter kommt in Frage § 50 der Zivilprozessordnung: Parteifähig ist, wer rechtsfähig ist. Ein Verein, der nicht rechts-

fähig ist, kann verklagt werden; in dem Rechtsstreite hat der Verein die Stellung eines rechtsfähigen Vereins.“

Infolgedessen werden die Gewerkschaften schon gegenwärtig für vorgenannte Schäden haftbar gemacht. Ob die gesetzlichen Bestimmungen richtig angewandt sind, sei dahingestellt, maßgebend ist, daß die Gerichte dieselben in diesem Sinne anwenden. Da aber die Gewerkschaften keine eingetragenen Vereine sind, so werden auch alle diejenigen, welche die Handlung ausführen, mit haftbar gemacht, und zwar auf Grund der folgenden Bestimmungen: (§ 54 BGB.) Auf Vereine, die nicht rechtsfähig sind, finden die Vorschriften über die Gesellschaften Anwendung. Aus einem Rechtsgeschäfte, das im Namen eines solchen Vereins einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde persönlich, handeln mehrere, so haften sie als Gesamtschuldner.“ (§ 714 BGB.) Soweit einem Gesellschafter nach dem Gesellschaftsvertrage die Befugnis zur Geschäftsführung zusteht, ist er im Zweifel auch ermächtigt, die anderen Gesellschafter Dritten gegenüber zu vertreten.“ Diese und die übrigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Gesellschaften passen für die Gewerkschaften noch weniger, als die Bestimmungen über die eingetragenen Vereine in ihrer gegenwärtigen Fassung. Jedoch hat die Anwendung aller vorgenannten Paragraphen für die Gewerkschaften den großen Nachteil, daß sie selbst, die Vorstehenden, die Ortsbeamten, die Streikleitung und alle sonst handelnden Personen gemeinsam haftbar gemacht werden können. Das ist für die Einzelpersonen ein unhaltbarer Zustand. Da sie, wenn die Gewerkschaften den Schaden nicht für sie bezahlt, ruhelos durch die Lande gejagt werden können, das heißt, daß man ihnen jeden, die Pfändungsgrenze überschreitenden Verdienst und alles Vermögen oder jeden pfändbaren Besitz wegnehmen kann. Wären die Gewerkschaften eingetragene Vereine, so könnten nur die Gewerkschaften mit ihrem Vermögen, nicht aber auch die handelnden Personen haftbar gemacht werden. Das wäre für die Gewerkschaftsfunktionäre eine wesentliche Sicherung.

Dabei braucht man tatsächlich keine Besorgnis zu haben, daß die Haftung der Gewerkschaften mit ihrem Vermögen, für die Existenz der Gewerkschaften besonders gefährlich wäre. Einmal besteht diese Haftung ja jetzt bereits in vollem Umfange, worauf nicht einbringlich genug verwiesen werden kann. Sodann wird es aber jeder Gewerkschaft unschwer möglich sein, alle Handlungen so einzurichten, daß eine Haftung gar nicht mehr in Betracht kommt. Die Gewerkschaften brauchen nur nicht zum Tarifbruch aufzufordern. Boykott ist erlaubt, soweit die Maßnahme im angemessenen Verhältnis zu dem Kampfziel steht. Die Aufforderung zum Bruch des Arbeitsvertrages durch Streik sät sich vermeiden. Streik und Streikpostenstreiken sind erlaubte Kampfmittel. Bei der Auswahl der Streikposten ist die genügende Sorgfalt zu beobachten und es sind den Streikposten keine gesetzwidrigen Aufträge zu geben. Geschieht dies alles, dann gibt es auch keine Haftung der Gewerkschaften.

Dagegen sind die Unternehmer und ihre Vereinigungen leicht geneigt, den Boden des Rechtes zu verlassen. So haben wir gegenwärtig den grössten Zustand, daß man die Gewerkschaften verklagen kann, während die Gewerkschaften die Unternehmer und ihre Vereinigungen unmittelbar nicht verklagen können. Die Gewerkschaften müssen den Umweg über die bereits angeführten § 54 und 714 BGB. wählen, das heißt, sie müssen sachungsmäßig oder im Einzelfalle bestimmte Personen mit der Geltendmachung des Schadens beauftragen. Der Richter kann dann prüfen, ob die Vollmacht einer solchen Person ausreicht und leicht zu der Feststellung kommen, daß dies nicht der Fall ist. So stehen die Gewerkschaften als mächtige Körperchaften im Staate wehrlos da. Man kann sie verklagen, aber sie selbst können nicht klagen.

Dieser Zustand war in verschiedener Beziehung unhaltbar. Da man die Gewerkschaften nicht zwingen konnte und wollte, die Rechtsfähigkeit zu erwerben und sich andererseits die Gewerkschaften die staatliche Anerkennung erzwungen hatten, mußte der Gesetzgeber einen Ausweg suchen. Das geschah durch die Zuerkennung der Parteifähigkeit der Gewerkschaften bei der Schaffung von Tarifverträgen im § 1 der Verordnung vom 23. Oktober 1918, sowie durch die weitere Zuerkennung der Parteifähigkeit der Gewerkschaften im Schlichtungsverfahren durch § 3 der Verordnung vom 30. Oktober 1923 Artikel I.

Nunmehr sollen die Rechtsfahigkeiten der Vereinigungen der Unternehmer und der Arbeiter den ordentlichen Gerichten abgenommen und den schnell und billig arbeitenden Arbeitsgerichten übertragen werden. Es wäre ein Unrecht, wenn dann weiterhin nur die Unternehmer und ihre Vereinigungen das unmittelbare Recht zur Klageerhebung haben würden, während die Gewerkschaften wiederum nicht unmittelbar klagen, sondern nur verklagt werden könnten.

Daher erhalten auch sie die Parteifähigkeit im arbeitsgerichtlichen Verfahren. Das ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, weiter gar nichts. Alle anderen Schlussfolgerungen treffen daneben. Es handelt sich nur um die Parteifähigkeit, nicht um die Rechtsfähigkeit. Die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften steht gegenwärtig gar nicht zur Debatte, sie ist eng verbunden mit der Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes und eines Berufsvereinsgesetzes. Bei diesen beiden gesetzlichen Materien muß versucht werden, die Haftung der Gewerkschaften in vernünftiger Weise einzuschränken.

Die Segnungen der Reparationslieferungen.

Ein wertvolles Eingeständnis.

Sechs Jahre lang haben die deutschen Unternehmer unter der Last der Reparationsleistungen“ gekämpft und sind darunter fast zusammengebrochen. Mit der Untragbarkeit der aus dem Versailler Vertrag sich ergebenden Leistungen hat man jahrelang jeden Druck auf Arbeitslohn und Arbeitszeit begründet. Die Unternehmerschaft und ihre politische Vertretung steht unmittelbar vor dem Entschluß, den so lange als unerträglich hingestellten Versailler Vertrag anzuerkennen und in freundschaftliche Beziehungen mit dem „Erbsind“ zu treten. Diese Wendung durch Gottes Fügung bedarf, für so anspruchlos man auch sein Publikum halten mag, immerhin einer gewissen Begründung. So erleben wir denn, daß man das, was man bis jetzt verflucht hat, plötzlich als Segen preist. Der „Tag“, das Organ des Schwerindustriellen Hugenberg, veröffentlicht einen Artikel mit dem Titel „Rohstoffmonopole“, der folgende Stelle enthält:

„Wenn man lange auch sehr bedauert hat, daß Deutschland seine Kohlengruben an der Saar, in Oberschlesien und in Form von Reparationslieferungen eingebüßt hat, so ist dieser Schaden, bei Licht besehen, nicht so groß wie man anfänglich gedacht hat; denn Deutschland war dadurch gezwungen, seine Wärmewirtschaft ganz erheblich zu verbessern, und hat dadurch auf diesem Gebiete Fortschritte erzielt, die den Neid anderer Nationen erregen; ja, man behauptet sogar im Auslande, daß unsere ganzen Reparationslieferungen an Kohle durch untre rationellere Wärmewirtschaft, Staubseuerung usw. aufgewogen werden. Betrachtet man im Vergleich dazu diejenigen Länder, die in ihrer Habgucht auf Grund des Schandvertrages nicht genug Kohle ergattern konnten; Frankreich und Polen, so bemerkt man, daß es ihnen jetzt etwa so geht wie jenem hungrigen Araber in der Wüste, der glaubte, Datteln gefunden zu haben, aber es waren nur Perlen. Oder, man denke an England, das infolge seiner Kohlenstärke ja nicht darauf angewiesen war, aus Sparfamkeit Fortschritte zu machen, und das nun ganz bedenklich ins Hintertreffen geraten ist, weil es die Perlen, aber legerreichen Erfahrungen, die wir machen mußten, nicht zu machen brauchte und infolgedessen auf manchen Gebieten überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig zu nennen ist. Je größer die Schwierigkeiten werden, einen alten Rohstoff zu exportieren, desto mehr zeigt sich die Notwendigkeit, diesen Rohstoff trotz rationeller Betriebsstoffe im eigenen Lande zu verbrauchen, was stets eine starke Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit bedeutet.“

Wir erfahren also zu unserer Ueberraschung, daß die Reparationslieferungen nicht für den untragbar gewesen sind, der sie ge-

Leistung, sondern für den, der sie empfangen hat. Nach dem Einverständnis des Hugenberglattes ist es gerade der von den Reparationslieferungen ausgehende Zwang gewesen, der die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gesteigert, sie andern Ländern gegenüber nicht in Nachteil, sondern in Vorteil gesetzt hat. Wären die Reparationslieferungen nicht gewesen, dann würden sich, so muß man schlussfolgern, die deutschen Unternehmer auf dem Fußbein ihres reichen Rohstoffvorrats ausgeruht und die Einführung technischer Verbesserungen unterlassen haben. Es wäre aber am Platze, den vom „Tag“ geäußerten Gedanken bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. Dann käme man nämlich zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer technische Verbesserungen nur dann einführen, wenn ein unausweichlicher Zwang vorliegt und wenn sie vor der Notwendigkeit stehen, durch Verbesserung des Produktionsapparats der Gefahr einer Profitverminderung auszuweichen. Was aber für die Reparationslieferungen gilt, gilt ebenlogut für die Löhne. Wird die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, wie das jetzt der Fall ist, durch niedrige Löhne gesichert, so fehlt der Zwang, sie durch technische Verbesserungen zu erzielen. Ob wir allerdings erwarten dürfen, daß die deutschen Unternehmer jemals die Segnungen von Lohn erhöhungen ebenso preisen werden wie die Segnungen der Reparationslieferungen, ist mehr als zweifelhaft.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streit (Steingewinnung und -bearbeitung): In **Nachen** (Stabstein). Im schlesischen Sandsteingebiet (Steinmehnen, Brecher, Bildhauer und Hilfsarbeiter). In **Bühlberg** bei der Firma Gebr. Kerber und Michl Scheiff, Bruch Durburg (Unterakkordant von Gebr. Kerber), (Pflasterer und Zeitlohnarbeiter). In **Blainbach** (Oberfranken) bei der Firma Haberstrumpf u. Aulenbacher (Granitwerk). In **Mühlhausen-Langenjatz**.

Gesperrt: Granitwerk Köppler in **Schmalldorf**. Betrieb Kappel u. Co. in **Wildemann**, Betrieb Johannes Sachsenheimer in **Mühlbach** (Baden). — In **Samburg** die gesamten Baustellen der Firma Schulz u. Teppe für alle Kollegen des Straßenbaugewerbes. — Die Steinsehfirma **Anglaube, Frankfurt a. O.**, und **Müncheberg** (Mark). — Die Betriebe der Firma **Eiles-Witten** in **Schüren, Esborn** und **Witten** sind wegen Tarifbruches bis auf weiteres gesperrt.

Zugzwangserhalten! Außer von den Orten, die unter Streit und Sperre genannt sind: von **Bad Deynhausen** (Firma Wagner), von **Bielefeld** und **Herford** (Steinmehnen und Marmorarbeiter), von **Dortmund** (Grabmalbranche), von **Braunlage** (Granit- und Schotterwerk). — Nach **Berlin** wegen Bauarbeiterstreit und Lohnbewegungen im Steinlegergewerbe. — **Bremen** (Steinseher). Die Arbeitgeber des Steinlegergewerbes von Bremen scheinen dem Aussperrungsbeschluss der Arbeitgeber des Baugewerbes nachkommen zu wollen, trotzdem im Tarifvertrag keine Handhabe gegeben ist.

Triebsdorf. Am 22. August, abends, fand in der Rahnischen Wirtschaft in Triebsdorf von unsrer Zahlstelle eine Gewerkschaftsversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war, besonders von den Kollegen aus Großlattengrün, die sehr stark beteiligt waren. Gauleiter Schmidt-Bunsiedel hielt ein reichhaltiges Referat über die gewerkschaftlichen Kämpfe, ferner sprach er über die Wirtschaftslage und die Lohnverhandlungen. Es gab bei der Diskussion eine lebhafte Aussprache, besonders jener wegen, die der Organisation noch fernstehen. Diese müssen durch kräftiges Zusammenarbeiten aller Kollegen herangeholt werden. Der Vorsitzende richtete am Schlusse der Versammlung die dringende Bitte an die Kollegen von Triebsdorf und Großlattengrün, stets zusammenzuarbeiten, dann kommen auch wir zum Ziel.

Rundschau.

Das Grabmal Eberts. Auf dem Bergfriedhof in Heidelberg würde in Kürze das Grabmal für den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert entstehen. Ein schlichter Sarkophag, dessen vier Ecken je von einem Adler geziert werden, trägt auf der Vorderseite die Inschrift: Friedrich Ebert, während auf der Rückseite der Wahlspruch des Verstorbenen: „Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel“ eingehauen ist. Rechts und links neben dem Sarkophage befinden sich zwei Erinnerungstafeln für die beiden im Weltkrieg gefallenen Söhne des Verstorbenen. Die Entwürfe des Grabmals stammen von Professor Behrens. Ausgeführt wird dieses vom Reich errichtete Grabmal in fränkischem Muschelkalk.

Wandlungen im Verkehrsweisen. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Organ der schweizerischen Gewerkschaften eine Abhandlung, die die Wandlungen des Personen- und Güterverkehrs unter dem Einfluss der Vergrößerung des Kraftwagenwesens darstellt. Wir entnehmen dieser Abhandlung folgendes:

„Bis vor wenigen Jahren galt die Eisenbahn als das geeignetste Verkehrsmittel für den Fernverkehr. Fast alle Länder haben denn auch dem Eisenbahnbau ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt, nicht zuletzt die Schweiz. Gerade unser Land weist eines der dichtesten Eisenbahnnetze auf, obgleich der Bahnbau in der Schweiz infolge der gebirgigen Landschaft von jeher eine teure Sache war. Umfaßte unser Bahnnetz 1870 noch 1426,2 Bahnkilometer, so waren es 1905 4594,3 Kilometer und 1922 5780,8 Kilometer.“

Betrachten wir die Quoten der beförderten Warenmengen und Personen, so erhalten wir nach dem statistischen Jahrbuch der Schweiz folgendes Bild:

Jahr	Beförderte	
	Personen	Gütertonnen
1884	29 895	7 369
1900	115 187	14 748
1910	239 533	17 332
1919	330 211	19 639
1920	329 942	22 383
1921	308 261	17 188
1922	303 806	18 155

Wir sehen dabei, daß der frühere ständige Aufstieg im Personenverkehr einem Stillstand, ja sogar zuletzt einem Rückschlag gewichen ist. Hierbei mögen Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise, wie im Jahre 1921, mitgewirkt haben. Sicher ist, daß aber auch noch andere Faktoren im Spiele sind. Wir sehen das sofort, wenn wir die Entwicklung des Automobilismus der letzten Jahre näher ins Auge fassen. So wurden auf schweizerischen Automobillinien befördert:

Jahr	Reisende	Gütertonnen
1920	883 234	16 040
1922	1 512 694	14 093
1923	1 595 732	25 126

Wenn auch die Eisenbahnen im Fernverkehr nach wie vor als das rationellste Verkehrsmittel in Frage kommen, zeigen doch obensichende Zahlen deutlich, daß das Automobil sowohl im Personenverkehr als auch in der Warenbeförderung immer mehr in den Vordergrund tritt. Während die Bahnbeförderungen stagnieren oder zurückgehen, steigen diejenigen des Automobils.

Die ganze Darstellung zeigt erneut, daß das Kraftwagenwesen die Straße in ihren Auswirkungen auf den modernen Verkehr sich nicht mehr der Eisenbahn unterordnet, sondern das sie sich als gleicher Faktor neben dieselbe stellt.

Das badische Straßenbauprogramm. Der Freistaat Baden plant für die nächsten 10 Jahre umfangreiche Erneuerungen und Erweiterungen seines Staatsstraßennetzes. Das Straßennetz soll dem steigenden Automobilverkehr angepaßt werden. 500 Kilometer der Straßen sollen durch Steinpflaster befestigt und zur Ausbesserung der jetzt noch allein vorhandenen Schotterstraßen sollen über den regelmäßigen jährlichen Bedarf von 50 000 Kubikmeter Schotter weitere 35 000 Kubikmeter jährlich verwendet werden. Betonstraßen sollen nicht zur Ausführung gelangen, wohl soll zur Bekämpfung der Staubplage eine Leerung eines Teiles der Schotterstraßen erfolgen. Das gesamte badische Staatsstraßennetz wird im Jahre 1934 die Länge von 3030 Kilometer betragen. Die jährliche Belastung des Staatshaushaltes durch das Straßenbauprogramm wird vom Jahre 1926 an 2,6 Millionen Mark betragen.

Die Abbaumassnahmen auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft. Die Reichsregierung mußte nun auch etwas auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft tun. Sie hatte ihren reaktionären Wählern, in Sonderheit den Haus- und Grundbesitzern, die Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen, und es war mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß sie allen Beschränkungen, die die Hausagrarier irgendwie hinderten, den Garaus machen würde. Die Organisation der Hausbesitzer hat es überdies nicht daran fehlen lassen, der Regierung gründlich einzuhaufen. Dem Reichsrat liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes vor, der den Reichstag nach Wiederauftreten beschickten soll. Wir entnehmen diesem Entwurf folgende neue Regelungen, die die gerichtliche Aufhebung von Mietverträgen bei Wohnräumen betreffen:

Während bisher der Vermieter bei Mietverträgen, deren Mietzinsen in kürzeren als vierteljährlichen Teilabschnitten zu entrichten waren, auf Aufhebung des Mietverhältnisses erst klagen konnte, wenn der Mieter mit einem Betrage in Verzug war, der einem Mietzins von zwei Monaten gleich kam, soll in Zukunft Verzug mit einem einmonatigen Betrage genügender Klagegrund sein. Konnte sich der Mieter bislang der Aufhebung entziehen, wenn er den Vermieter vor dem Erlasse des Urteils (sogar dem der Berufungsinstanz) befriedigte oder bis zu diesem Zeitpunkte mit einer Forderung gegen den Vermieter aufrechnete, so sind zukünftig diese Befreiungsmittel für den Mieter nur bis zum Ablauf von zwei Wochen seit Erhebung der Klage gegeben; außerdem muß der Mieter die Kosten des Rechtsstreites tragen.

Einschneidende Änderungen erfahren die Vorschriften über die Berechtigung von Ersatzräumen. Konnten bisher die Gerichte in allen Fällen, in denen ein Räumungsurteil ergeht, die Durchführung der Zwangsvollstreckung von dem Vorhandensein eines ausreichenden Ersatzraumes für den Mieter abhängig machen, so wird dies nunmehr grundsätzlich ausgeschlossen, wenn die Räumungsklage auf Befristungen durch den Mieter, miethwidrigen Gebrauch der Mietsache oder Verzug mit Zahlung des Mietzinses gestützt ist. Lediglich bei Zahlungsverzug kann ein Ersatzraum dann zugebilligt werden, wenn der Verzug auf unverschuldete Notlage des Mieters zurückzuführen ist (insbesondere soll dies bei Erwerbslosen und Sozialrentnern Anwendung finden). Wird dagegen die Räumungsklage damit begründet, daß der Vermieter des Mietraumes dringend bedarf, so hat es bei dem geltenden Recht mit der Abweichung sein Bewenden, daß dann dem Mieter nicht ein angemessener, sondern nur ein ausreichender Ersatzraum zur Verfügung stehen muß. Von Zubilligung eines Ersatzraumes soll auch in diesem Falle abgesehen werden, wenn die Verfassung eines solchen eine unbillige Härte für den Mieter nicht darstellt.

Bei Untermietern werden die Mieterschutzbestimmungen fast vollständig aufgehoben, sofern es sich nicht um einen Wohnraum handelt, in dem der Untermieter einen eigenen Haushalt führt. Die Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes in der abgeänderten Form ist bis zum 1. Juni 1927 verlängert.

Die Rechtsregierung ist also drauf und dran, das Wohnungswirtschaftsgesetz zu beseitigen. Die Reichstagswähler erhalten erneut eine Quittung, wie miserabel sie gewählt haben. Hoffentlich trägt dies dazu bei, daß es in Zukunft anders wird.

Vom Kölner Dom. In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Kölner Dombaumeisters forderte der Dombaumeister von der Stadt Köln einen Zuschuß von einmalig 70 000 Mark und einen ständigen Zuschuß von 400 000 Mark zur baulichen Erhaltung des Domes. Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer ist auf dieses Begehren nicht eingegangen, sondern machte geltend, daß die Erhaltung des Kölner Domes in erster Linie eine Angelegenheit des Reiches sei; die Stadt Köln wolle sich durchaus nicht der Verpflichtung der Beihilfe unter Anerkennung obigen Grundes entziehen. Diese Einstellung des Kölner Oberbürgermeisters hat einen lustigen Frochmäuserkrieg in der ostelbischen Presse hervorgerufen. Weil nun einmal der Kölner Dom dem katholischen Ritus dient, wollen diese braven Ostelbier das Reich bestimmen, keine Zuschüsse zur Erhaltung des Domes zu gewähren. Was würde Heinrich Heine, der in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Sammeltätigkeit zum Ausbau des Domes „bei Juden und Christen“ kennzeichnete, zu dieser Einstellung sagen? Der Kölner Dom ist ein deutsches Bauwerk, und das Reich ist an seiner Erhaltung interessiert, wie die Stadt Köln, in deren Weichbilde nun einmal der Kölner Dom steht. Ob das aber die deutschnationalen Ostelbier einsehen lernen, wagen wir zu bezweifeln.

Die dritte Internationale Straßenbauausstellung in Mailand soll im September nächsten Jahres eröffnet werden. Bekanntlich fand die erste Internationale Straßenbauausstellung im Jahre 1910 in Brüssel und die zweite im Jahre 1913 in London statt. Die Anregungen, die von beiden für den Straßenbau ausgingen, waren äußerst befruchtend. Der vorbereitende Ausschuß der Mailänder Ausstellung versendet jetzt Werbeschriften zur Beschädigung derselben. Die Ausstellungsleitung hat sich das Ziel gesetzt: die Ergebnisse der Welttätigkeit im Straßenbau in dieser Ausstellung zum Ausdruck zu bringen. Zu diesem Zwecke ruft sie alle öffentlichen Verwaltungen, alle Gewerbe, alle Genossenschaften und Vereinigungen, die sich irgendwie mit dem Straßenwesen befassen, zur Beteiligung auf. Allem Anschein wird diese Ausstellung in besonders umfangreicher Weise ein Bild von dem Stande des Straßenbauwesens und der Technik und Konstruktion der Straße geben. In Abteilungen mit zahlreichen Unterabteilungen wird diese Ausstellung gegliedert sein. Erstreulicherweise sind für die Natursteinindustrie und für die Straßenbefestigungen aus Naturstein besondere Abteilungen vorgesehen. In der Abteilung Straßenbaustoffe ist beispielsweise in den verschiedenen Unterabteilungen die Darstellung des Materials für Pflasterstraßen, Schotterstraßen, natürlichen Asphalt, Mineralöle, Leer und Besch, Bitumen, Kalk und Zement usw. vorgesehen. Desgleichen die verschiedenen Pflasterungen und Befestigungen und Bewege. Weiter wird der wissenschaftlichen Straßentechnik ein breiter Raum eingeräumt und der neuzeitliche Kraftwagen- und Straßenbahnverkehr umfassend dargestellt werden. Aus dem von der Ausstellungsleitung projektierten Darstellungen wird man ohne weiteres auf das Gelingen dieser Ausstellung schließen können, die sich ihren Vorgängerinnen würdig anschließen wird.

Mittelalterliches Steinfund in der Weser. In einem jetzt toten Arme der Weser, in der Nähe der Stadt Verden, waren im Sommer 1923 bei der Kiesentnahme deutlich die Umrisse eines alten Lastschiffes zutage getreten, das etwa 15 bis 16 Meter lang und etwa 3 Meter breit mit mächtigen Sandsteinquadern beladen war. Durch das Hochwasser der Weser ist das Schiff dann wieder „versunken“, und in diesem Jahre ist infolge des niedrigen Wasserstandes das Schiff bei der Kiesentnahme so weit freigelegt worden, daß durch die Studienkommission des Verdenener Heimatbundes bereits mehrere der mächtigen aus Bernkirchner Sandstein bestehenden Quadern aus dem Schiff geborgen werden konnten. Die Steine sind äußerst sauber bearbeitet und mit verschiedenen Steinmarken versehen. Die Ladung des gesunkenen Schiffes muß entweder für Bremen oder Verden bestimmt gewesen sein. Mutmaßlich ist das Schiff mit seiner Ladung vor etwa 450 Jahren gesunken.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Dem Aufruf in Nummer 28 des „Steinarbeiter“ Folge leistend, haben mehrere Kollegen beachtliche Arbeiten über das gestellte Thema eingeleistet. Manche sind so vorzüglich, daß sie als Ergebnis einer langjährigen erfolgreichen Schulung angesehen werden können. Der vom Vorstandsvorstand gewünschte Zweck ist damit vorläufig erreicht. Allen Einsendern gebührt Dank und Anerkennung für ihre Leistungen, auf deren beste der Vorstandsvorstand gegebenenfalls gelegentlich zurückkommen wird. Bis dahin empfiehlt er allen Kollegen die eingehende Fortsetzung des Selbststudiums.

Arbeitslozenzählung. Im Monat Juli haben sich nur wenige Zahlstellen an der Arbeitslozenzählung beteiligt. Von den beteiligten Zahlstellen wurden 102 arbeitslose Kollegen gemeldet, was auf einen allgemein guten Konjunktur schließen läßt. Um aber einen vollständigen Ueberblick über die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie zu haben, ist es notwendig, daß von jeder Ortsverwaltung alle Monate eine Zählkarte eingeleistet wird. Die Zählarten sind allen Zahlstellen übermittelt.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Für den beendeten Streit der Pflastersteinarbeiter von Kappelrodt, Seebach, Raunungach und Lütchenbach sind nachträglich noch an freiwilligen Unterstützungen eingegangen von der Zahlstelle Mannheim 130 Mk. und von der Zahlstelle Kirchhauhen 50 Mk., zusammen 180 Mk., worüber hiermit quittiert wird. Im Namen der am Streit beteiligten Zahlstellen sagen wir den Zahlstellen Mannheim und Kirchhauhen für die Unterstützungen den besten Dank. J. A.: Die Gauleitung: Frz. Sarfert.

Eisleben. Das Verbandsbuch des Kollegen Karl Steiniker, Nr. 86357, ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch des verlorenen Buches wird gewarnt.

Kroppentedit. Infolge der Nichtbeachtung des Achtstundentages durch vier Kroppentedit Steinseher sind die Mitglieder dieser Zahlstelle bei ihren Kollegen im Lande in einen außerordentlich schlechten Ruf gekommen. Leider ist es uns nicht gelungen, diese vier Kollegen von ihrem schädlichen und tarifwidrigen Verhalten abzubringen. Von der Veröffentlichung der Namen dieser Kollegen wollen wir heute in der Hoffnung Abstand nehmen, daß diese das Berwerfliche ihres Handelns einsehen werden. Außer diesen werden die gesamten Kroppentedit Steinseher nach wie vor den Achtstundentag hochhalten. Friedrich Pöhle.

Adressenänderungen.

1. **Gau NO: Elbing.** Vorl.: Max Thiel, Fischerstr. 11.
2. **Gau: Goldberg.** Vorl.: Alfred Mühlte, Ubersdorf, Kr. Goldberg. — **Kothenzschau b. Hirschberg.** Vorl.: Herm. Kluge, Neudorf Nr. 48, Post Hirschbach. Kass.: Willy Kirchner, Post Schreibendorf.
4. **Gau: Wettin a. d. Saale.** Vorl.: Franz Würzburg, Lange Reihe 253. Kass.: Gustav Wiebach, Johannisstr. 6.
7. **Gau: Anklam.** Kass.: Michl Rothig, Oberreit, Post Klein-ting.
9. **Gau: Weistritz.** Kass.: Otto Sattler. — **Weglar.** Vorl.: Friedr. Mayer, Arnburger Str. 6. Kass.: Wilh. Fint, Weglar-Niedergirmes, Sackhoffstr. 29.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„**Marxismus und Naturwissenschaft.**“ Gedächtnisbuch zu Engels 30. Todestag am 5. August 1925. Mit Beiträgen von Friedrich Adler, Friedrich Engels und Dr. Gustav Ertstein. Eingeleitet und herausgegeben von Otto Jenßen. Gr.-Oktav, 180 Seiten, mit einem Porträt. Preis kart. 3,75 Mk., Heften 4,50 Mk. E. Laubische Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30.

Um vor allem den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern die Anschaffung zu ermöglichen, geben die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, und der Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, Berlin W 30, eine ungekürzte Sonderausgabe heraus, die nur 2,50 Mk. kostet. In den Ortsausgaben und Zahlstellen der Gewerkschaften zirkulieren Subskriptionslisten auf diese billige, gleichfalls gut ausgestattete und kartonierte Sonderausgabe, auf denen die Mitglieder ihre Bestellungen machen können. Auch durch die Parteibuchhandlungen am Orte kann die billige Ausgabe bezogen werden.

Anzeigen

10—15 tüchtige Steinsetzer-Gesellen für Kopfst. u. Kleinpflaster für Arbeiten im Kreis Ruppell werden sofort eingestellt. Kreisstarb. Meldungen an **R. Zausch G. m. b. H., Neuruppin.**

8 Steinsetzer gesucht für Baustelle Zöllschau. Zu melden bei **Stanzsetzmeister R. Morgonstern-Kleinitz** bei Grünberg in Schles.

Tüchtiger Granitsteinmetz flottes Profilarbeiter in dauernder Beschäftigung per sofort gesucht. **P. & A. Jockusch, Meissen, Steinweg 15**

2-3 tüchtige Steinsetzer werden sofort bei dauernder Beschäftigung eingestellt. **Oettel & Klopffleisch, Greiz i. Thür.**

6 Steinsetzer sofort nach Schneidemühl gesucht. Zu melden bei **Oskar Tilgner, Steinsetzmeister Schlawa (Pommern).**

Manchesterhosen 11,50 allerbeste Qualität nur **Tuchlederhosen** 8,00 weiß und schwarz **Dreidrahtleder** 12,00 weiß und schwarz **Lieferung franco nur gegen Nachnahme.** Für Sammelaufträge zahle 3% Provision. **Bundweite und Schrittlänge genügt.** **W. Hübler** Anfertigung von Arbeitsgarderobe **Niederoderwitz-Sachsen.**

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleistet werden.
- In **Gellentirchen** der Kammer **Paul Andrejewski**, 23 Jahre alt, an Kopfschmerz
 - In **Mühlbach-Baden** der Steinmetz **Gottfried Neubrand**, 42 Jahre alt, an Lungenleiden.
 - In **Greiffenberg** (Schlesien) der Steinbrecher **Paul Schabel**, 36 Jahre alt, an den Folgen eines Unglücksfalles.
 - In **Berlin** der Steinseher **Oskar Neustädt**, 68 Jahre alt, an Ohrenleiden.
 - In **Altenhain** der Hilfsarbeiter **Heinrich Liebig**, 63 Jahre alt, an Lungenverwässerung.
 - In **Samburg** der Hilfsarbeiter **Friedrich Bump**, 71 Jahre alt, an Herzschwäche.
 - In **Osterholz** der Brecher **Karl Spenner**, 53 Jahre alt, an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Linke**, Verlag von **Ernst Winkler**, beide in Leipzig. **Druck:** Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.